DIE LINKE. Sachsen
3. Tagung des 15. Landesparteitages 10. Oktober 2020

D. Dringlichkeitsantrag

D.1. Solidarität mit den Beschäftigten des MAN-Werkes in Plauen, des Mahler-Standorts in Freiberg und von Bombardier in Görlitz

Einreicher*innen: Nico Brünler, Dorit Hollasky, Uwe Kluge , Caren Lay, Thomas Michaelis, Janina Pfau, Torsten Steidten, Marianne Küng-Vildebrand

Unterstützer*innen: Suasanne Schaper , Stefan Hartman, Winfried Bruns , Heike Krahl, Lars Stöckner, Kathrin Kagelmann, Antonia Mertsching, Lars Legath, Maik Schwarz, Patrick Müller, Petra Rank, Jan Windisch, Johannes Höfer, Elke Jacob, Jeannette Haase-Pfeuffer, Silvio Lang

---

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgendes beschließen:

Die Solidaritätserklärung wird den Beschäftigten*innen des MAN-Werkes in Plauen, von Mahle Freiberg und Bombardier übergeben.

Solidarität mit den Beschäftigten des MAN-Werkes in Plauen, des Mahler-Standorts in Freiberg und von Bombardier in Görlitz

Der MAN-Konzern will 9.000 Stellen an verschiedenen Standorten streichen.

Davon soll auch das MAN-Werk in Plauen betroffen sein. Der Standort hat eine mehr als 100-jährige Tradition im Busbau. Los ging es 1919 durch die Vogtländische Maschinenfabrik. Zu Beginn der 90er Jahre stieg die Firma NEOPLAN ein, 2015 wurde das Werk mit seinen Beschäftigten von der VW-Tochter MAN übernommen.

Nun soll es zur Rettung von MAN weg.

Dabei ist die Auftragslage perspektivisch gut! Noch vor wenigen Monaten verkündete die Unternehmensleitung, dass das Plauener Werk saniert und „über den Berg“ sei. Der Standort ist mit dem individuellen Spezialausbau von Bussen langfristig ausgelastet und schreibt schwarze Zahlen.

Doch es droht sich ein Szenario zu wiederholen, dass nicht neu ist. Um finanziellen Schwierigkeiten im Gesamtunternehmen zu begegnen, soll ein eigentlich profitabler Betrieb in Ostdeutschland geopfert und dessen Produktion umverteilt werden. Bisher hat sich noch nicht einmal ein Manager aus der Münchner Konzernzentrale für nötig erachtet nach Plauen zu fahren um die Nachricht selbst zu überbringen. Eine hundert Jahre alte Tradition soll einfach abgewickelt werden.

Bereits der aktuelle Wandel hin zur Elektromobilität löst große Unsicherheit bei vielen Zulieferern und deren Beschäftigten in der gesamten vom Fahrzeugbau geprägten Region Südwestsachsen aus. Diese Unsicherheit erhält mit den MAN-Plänen neue Nahrung. Es geht um mehr als einen einzelnen Betrieb. Es geht um die Zukunft der industriellen Kompetenz in der Region. Auch die Staatsregierung ist in der

Pflicht: Sachsen braucht endlich eine moderne und nachhaltige Industriepolitik mit langfristigen strategischen Entwicklungszielen.

Von unserer heutigen Tagung des Landesparteitages in Plauen möchten wir ein solidarisches Signal an die Beschäftigten im Kampf um den Erhalt des Werkes und der damit verbundenen Perspektive ihrer beruflichen Tätigkeit senden.

Wir fordern die Staatsregierung auf, ihre im Jahr 2014 formulierte Zusage, „den Standort Plauen mit 147 Arbeitsplätzen und den vier Geschäftsfeldern Bus-Modifikationszentrum, Bereich Sanierung-Recycling, Lackiercenter und Komponentenfertigung in Plauen zu etablieren und langfristig auszubauen", beizubehalten und unterstützen sie bei ihren diesbezüglichen Aktivitäten.

Ende September hat der Stuttgarter Automobilzulieferer Mahle den Abbau von 2.000 Arbeitsplätzen angekündigt. Betroffen sind auch mehrere Betriebe in Sachsen. Der Standort in Freiberg soll ganz geschlossen werden. Betroffen sind allein hier 85 Mitarbeiter. Nach dem Aus von Solarworld vor zwei Jahren und den Rückzugsplänen von Florena / Beiersdorf ein weiterer schwerer Schlag für Mittelsachsen.

Auch die ca. 1.500 Arbeitsplätze bei Bombardier in den Werken in Görlitz und Bautzen sind nach wie vor nicht sicher. Seit vielen Jahren dauern die Arbeitskämpfe dort an - immer wieder werden Kündigungen bzw. Betriebsschließungen angedroht.

Alle drei Beispiele zeigen erneut die Nachteile der Tatsache auf, dass viele Betriebe in Sachsen auch 30 Jahre nach dem Beitritt der DDR zur BRD nur verlängerte Werkbänke von Unternehmen mit Sitz an anderen Standorten sind. DIE LINKE. Sachen steht solidarisch an der Seite der Arbeitenden in Plauen, der Lausitz und im ganzen Freistaat. Wir setzen uns auf den verschiedenen politischen Ebenen für den Erhalt der Arbeitsplätze ein.

Wer trotz Fördermitteln Beschäftigte entlässt, hat auch kein Anrecht auf Fördermittel und muss diese zurückzahlen. Zusätzlich fordern wir, dass Bundes- und Landesbürgschaften nur noch unter der Bedingung der Übernahme der Beschäftigten, erteilt werden.

Wir stehen fest an der Seite der Beschäftigten.

Begründung:

Von unserem heutigen Landesparteitag ist es umso mehr wichtig, ein Signal der Solidarität mit den Beschäftigten*innen zu senden sowie zu verdeutlichen, dass wir stehen an ihrer Seite im Kampf um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze stehen.

Begründung der Dringlichkeit:

In Sachsen sind mehrere Unternehmen von Schließungen betroffen. Die Situation um die Schließung des MAN-Werkes in Plauen hat sich in den letzten Tagen weiter verschärft. So hat die Leitung des MAN-Konzerns die Standortssicherungsvereinbarung aufgekündigt. Auch der Autozulieferer Mahle hat nun angekündigt den Standort in Freiberg zu schließen. Die Arbeitsplätze bei Bombardier sind noch nicht sicher

---

Entscheidung des Landesparteitages: